

282 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVIII. GP

Nachdruck vom 4. 12. 1991

Regierungsvorlage

Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Postgesetz, BGBl. Nr. 58/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. Nr. 395/1991, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 13 a wird folgender § 13 b eingefügt:

„§ 13 b. Zusätzliche Leistungen

Die Post ist berechtigt, im Zusammenhang mit der Beförderung von Sendungen zusätzliche Leistungen im Einvernehmen mit dem Absender oder dem Empfänger zu erbringen. Die hierfür zu entrichtenden Gebühren sind von der Post nach kaufmännischen Grundsätzen festzusetzen.“

2. Nach § 26 a wird folgender § 26 b eingefügt:

„§ 26 b. Gebühren für kumulierte Leistungen

Die Post ist berechtigt, für die Einsammlung und die Zustellung von Paketen Gebühren, die von der Anlage 2 abweichen, nach kaufmännischen Grundsätzen festzusetzen. Voraussetzung ist, daß für den einzelnen Absender oder Empfänger regelmäßig gleiche Leistungen in größerer Zahl gleichzeitig anfallen und daraus im Vergleich zur Einzelleistung für die Post eine erheblich günstigere Kostensituation vorliegt.“

Artikel II

Die Anlage 1 wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 lautet:

„§ 1. (1) Briefsendungen, und zwar:

1. Briefe,
2. Postkarten,
3. Massensendungen,
4. Blindensendungen.“

2. § 10 Abs. 1 Z 1 lautet:

„§ 10. (1) 1. Antwortsendungen sind nichtbescheinigte Briefe und Postkarten sowie Pakete, auf denen eine gedruckte Anschrift und der gedruckte Vermerk „Postgebühr beim Empfänger einheben“ angebracht sind.“

3. § 15 samt Überschrift entfällt.

4. Dem § 17 Abs. 4 wird folgende Z 3 angefügt:

„3. Werden die Maße laut Z 1 und 2 überschritten, ist ein Zuschlag zur Beförderungsgebühr in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen der Beförderungsgebühr für Massensendungen und der Beförderungsgebühr für Briefe gleichen Ausmaßes und gleichen Gewichts zu entrichten.“

5. § 17 Abs. 6 Z 1 lautet:

„(6) 1. Massensendungen ohne Anschrift hat der Absender in Ortsbunden, auf denen die Anzahl der enthaltenen Sendungen sowie die Postleitzahl des Abgabepostamtes und die Art der zu beteiligten Abgabestellen angegeben sind, aufzugeben.“

6. § 17 Abs. 8 entfällt.

7. Im § 20 Abs. 3 Z 4 werden die Worte „Herausgeber oder Verleger“ durch die Worte „Medieninhaber (Verleger)“ ersetzt.

8. § 20 Abs. 4 Z 3 lautet:

„3. von einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern, für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen oder für Wahlen zu den Organen der Österreichischen Hochschülerschaft oder der Hochschülerschaften an den Hochschulen herausgegeben wird und vorwiegend der Wahlwerbung oder Berichterstattung über Angelegenheiten der Politik dient.“

9. § 22 Abs. 4 Z 6 lautet:

„6. einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern, für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen oder für Wahlen zu den Organen der Österreichischen Hochschülerschaft oder der Hochschüler-schaften an den Hochschulen oder“

10. § 23 Abs. 4 lautet:

„(4) Verschiedene Zeitungssendungen dürfen nur dann zu einem Bund, Paket oder Beutel vereinigt werden, wenn für jede Zeitungssendung die Beförderungsgebühr je Kilogramm zu entrichten ist.“

Artikel III

Die Anlage 2 wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 1 und 2 lauten:

„§ 1. Beförderungsgebühren für Briefe:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	5,50
Gewichts- stufen bis Gramm	
100	7,—
250	10,—
500	15,—
1 000	26,—
2 000	35,—

§ 2. Beförderungsgebühr für Postkarten:

	Gebühr Schilling
Je Postkarte	5,—“

2. § 3 wird aufgelassen.

3. § 4 lautet:

„§ 4. Beförderungsgebühren für Massensendungen:

1. Massensendungen ohne Anschrift:

1.1. Grundgebühr je Sendung	0,60
1.2. Zuschlag zur Grundgebühr je volle und angefangene 10 Gramm	0,10

2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift
in Ortsbunden:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	2,30

Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
30	2,60
40	2,70
50	2,80
70	3,20
100	3,40
250	4,50
300	5,60
400	6,80
500	7,90
750	12,40
1 000	16,80
1 250	19,10
1 500	21,30
1 750	23,60
2 000	25,80

3. Für die Aufgabe beim Abgabepostamt werden die Gebühren laut Z 1 um 5 vom Hundert, die Gebühren laut Z 2 um 10 vom Hundert ermäßigt.

4. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitgebiets- oder Leitstreckenbunden, ausgenommen in solchen der Leitzzone 1:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	2,70
Gewichts- stufen bis Gramm	
30	2,90
40	3,—
50	3,10
70	3,50
100	3,70
250	5,—
300	6,30
400	7,70
500	9,—
750	13,50
1 000	18,—
1 250	20,30
1 500	22,50
1 750	24,80
2 000	27,—

5. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitzonenbunden:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	3,—
Gewichts- stufen bis Gramm	
30	3,20
40	3,30
50	3,60

282 der Beilagen

3

Gewichtsstufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
70	3,90
100	4,10
250	5,50
300	7,—
400	8,60
500	10,10
750	14,60
1 000	19,20
1 250	21,50
1 500	23,70
1 750	26,—
2 000	28,20“

4. Die §§ 6 bis 14 lauten:

„§ 6. Pakete:

1. Beförderungsgebühr je Paket:

Gewichtsstufen	Gebühr je Sendung Schilling
bis 5 kg	29,—
bis 10 kg	49,—
bis 15 kg	96,—
bis 20 kg	136,—

2. Ermäßigung der Beförderungsgebühren 10 vom Hundert.

§ 7. Postanweisungen:

Postanweisungsgebühr je Geldbetrag

	Schilling
bis S 500,—	12,—
bis S 1 000,—	24,—
bis S 30 000,—	30,—
über S 30 000,—	1 vom Tausend des auf volle Tausend aufgerundeten Betrages

§ 8. Nachnahmen:

Nachnahmegebühr

	Schilling je Sendung
1. wenn die Überweisung auf ein Postscheckkonto verlangt wird	14,—
2. wenn die Barauszahlung verlangt wird	25,—

§ 9. Postaufträge:

Postauftragsgebühr

	Schilling je Postauftrag
1. wenn die Überweisung auf ein Postscheckkonto verlangt wird	22,—
2. wenn die Barauszahlung verlangt wird	34,—

§ 10. Zeitungsbezugsgelder:

	Schilling
Zahlungsbestätigung	6,—

§ 11. Sonderbehandlungsgebühren:

	Schilling
1. Einschreibgebühr	17,—
2. Wertgebühr:	
1 vom Hundert der auf volle Hundert aufgerundeten Wertangabe, jedoch mindestens	
2.1. bei einer Wertangabe bis 15 000,— S	
je Brief	10,—
je Paket	25,—
2.2. bei einer Wertangabe über 15 000,— S	500,—
3. Eilgebühr:	
je Briefsendung, Paket oder Geldbetrag	25,—
4. Sperrgutgebühr:	
50 vom Hundert der Gebühr nach § 6 Z 1	
5. Übernahmsbestätigungsgebühr	20,—
6. Gebühr für die Behandlung als Rückscheinbrief (Rückscheingebühr)	20,—
7. Gebühr für die eigenhändige Abgabe einer bescheinigten Postsendung, eines nichtbescheinigten Rückscheinbriefes oder für die eigenhändige Auszahlung eines Geldbetrages	10,—
8. Bahnhofbriefgebühr	25,—

§ 12. Paketzustellgebühr:

	Schilling
Je Paket über 2 kg	17,—

§ 13. Auszahlungsgebühr zu einer Anweisung der Österreichischen Postsparkasse:

	Schilling
Je Anweisung	17,—

§ 14. Sonstige Gebühren:

	Schilling
1. Einsamlungsgebühr je Paket	6,—
2. Spätlingsgebühr je Sendung oder Geldbetrag	6,—
3. Leitzettelgebühr je Sendung	1,—
4. Gebühr für eine Doppel- oder Ersatzaufgabebescheinigung (Bescheinigungsgebühr) je Bescheinigung	6,—
5. Fachgebühren:	
5.1. Brieffachgebühr monatlich ...	10,—

282 der Beilagen

	Schilling
5.3. Geldfachgebühr monatlich ...	220,—
6. Postlagergebühr je Paket	10,—
7. Lagergebühr je Paket und Tag	17,—
8. Einhebungsgebühr:	4,—
8.1. je Antwortsendung	0,50
8.2. je sonstige Sendung	4,—
9. Gebühr für die Benachrichtigung von der Unzustellbarkeit eines Paketes (Benachrichtigungsgebühr)	20,—
10. Gebühr für einen Nachsendungsantrag:	
10.1. Für einen Zeitraum bis zu drei Monaten	15,—
10.2. je weitere drei Monate	15,—
11. Postvollmachtgebühr, Gebühr für die Ausfertigung einer Postübernahmskarte	10,—

	Schilling
12. Taschengebühr monatlich	20,—
13. Nachforschungsgebühr:	
13.1. je Sendung oder Geldbetrag .	30,—
13.2. Mehrkosten je Stunde	50,—

Artikel IV

Dieses Bundesgesetz tritt am 1. Jänner 1992 in Kraft.

Artikel V

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betraut.

VORBLATT**Problem:**

Es soll ein Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes geleistet werden, wobei gleichzeitig einem Ansteigen der trotz Ausschöpfung aller Rationalisierungsmaßnahmen im Leistungsbereich Postdienst bestehenden Kostenunterdeckung vorgebeugt werden kann.

Lösung:

Kosten- und marktorientierte Anpassung der Postgebühren.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Mit der gegenständlichen legislativen Maßnahme ist kein Mehraufwand auf dem Personal- oder Sachkostensektor verbunden.

Erläuterungen

A. Allgemeines

Der gegenständliche Gesetzesantrag, der eine Erhöhung der Postgebühren ab 1. Jänner 1992 vorsieht, zielt als Beitrag der Post zu einer weiteren Konsolidierung des Bundeshaushaltes auf das Erreichen von Mehreinnahmen im Jahre 1992 von rund 880 Millionen Schilling — dies entspricht einer Einnahmensteigerung von etwas über 7% — ab.

Diese Maßnahme zur Budgetentlastung ist auch betrieblich gerechtfertigt, da sie einem Ansteigen der trotz Ausschöpfung aller Rationalisierungsmaßnahmen im Leistungsbereich Postdienst bestehenden Kostenunterdeckung vorbeugt.

Der Gesetzesantrag entspricht auch der im Arbeitsübereinkommen zwischen den Koalitionsparteien vom 17. Dezember 1990 festgelegten Zielsetzung, die Gebühren der Post kosten- und marktorientiert zu gestalten.

Auch nach dem Wirksamwerden der im vorliegenden Gesetzesantrag vorgesehenen Maßnahmen, die insgesamt den Verbraucherpreisindex nur um zirka 0,008 Prozentpunkte erhöhen werden, werden die österreichischen Postgebühren im Rahmen des Gebührenniveaus anderer vergleichbarer Länder liegen.

Maßnahmen, durch die der Post eine größere Handlungsfreiheit eingeräumt wird, dienen letztlich den Kunden. Auch diese Gesetzesvorlage enthält eine Erweiterung des Handlungsrahmens der Post, durch die es ihr ermöglicht wird, im Mengengeschäft auftretende Kostenvorteile an die Kunden weiterzugeben.

Im Interesse der Kunden sollen weiters

- ein Gleittarif (10-Gramm-Stufen) für Massensendungen ohne Anschrift eingeführt,
- eine neue 70-Gramm-Stufe für Massensendungen mit persönlicher Anschrift eingefügt und
- ein Überschreiten der Höchstmaße von Massensendungen bei einem Mischtarif zwischen Massensendungs- und Briefgebühr ermöglicht werden.

Der Rückzug der Exekutive aus den Sicherungsaufgaben für Geld- und Werttransporte sowie Raubüberfälle mit tödlichem Ausgang zwingen die

Post zu erhöhten Sicherheitsvorkehrungen und zur Übertragung von Sicherheitsaufgaben an Private. Die damit verbundenen Mehrkosten sollen von den Verursachern getragen werden. Dies soll durch Änderungen bei den Postanweisungs- und den Wertgebühren erreicht werden.

Die einzelnen Maßnahmen wurden, soweit erforderlich, im Abschnitt B der Erläuterungen begründet. Eine Textgegenüberstellung ist beige-schlossen.

Mit der gegenständlichen legislativen Maßnahme ist kein Mehraufwand auf dem Personal- oder Sachkostensektor verbunden.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen

Zu Art. I Z 1 (§ 13 b PG):

Seitens der Kunden wird häufig der Wunsch geäußert, daß die Post den reglementierten Leistungen vor- oder nachgelagerte Leistungen erbringen sollte. Solche Leistungen sind zB die Abholung von Sendungen beim Absender oder die Zufuhr größerer Sendungsmengen im Einzelfall auch dann, wenn keine allgemeine Zustellung eingerichtet ist. Die Post kann solche Leistungen oft — zB unter Nutzung betrieblich bedingter Leerfahrten bzw. freier Ladekapazitäten — kostengünstig erbringen. Weiters können Betriebsabläufe durch entsprechende Zeitwahl günstig beeinflusst und die vorhandenen Einrichtungen besser genützt werden. Da die Aufwendungen von Fall zu Fall verschieden sind, sollen diese Leistungen durch im Einzelfall festzusetzende kostendeckende Gebühren abgegolten werden.

Zu Art. I Z 2 (§ 26 b PG):

Die Postgebühren sind grundsätzlich an den Kosten für Einzelleistungen orientiert. Durch diese neue Bestimmung soll es der Post ermöglicht werden, Kostenvorteile, die im Mengengeschäft auftreten, an die Kunden weiterzugeben.

Zu Art. II Z 1 und 2 (§ 1 Abs. 1 und § 10 Abs. 1 Z 1 der Anlage 1):

Die Neufassung dieser Bestimmungen ist eine Folge der unter Art. der Sendungsart „Drucksachen“.

- Beseitigung von Rechtsunsicherheiten bezüglich des Begriffes „Druck“,
- Entfall der inhaltlichen Beschränkungen,
- Entfall der Inhaltsprüfung durch die Post,
- Entfall der Verpflichtung zur offenen Aufgabe,
- raschere Beförderung,
- leistungsgerechtere Gebühren,
- rationellere Bearbeitung beim Kunden und bei der Post.

Zu Art. II Z 3 (§ 15 der Anlage 1):

Zu den Grundsätzen der Unternehmenspolitik der Post zählt es, als modernes Dienstleistungsunternehmen im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft marktorientierte Leistungen anzubieten. Dazu gehört auch, Gebührentatbestände — unter voller Wahrung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben — an Kosten und Leistungen und nicht an nicht mehr zeitgemäßen Kriterien, wie zB Sendungsinhalten, zu orientieren. Mit der Auflassung der Sendungsart „Drucksachen“ findet hier eine im Jahre 1976 begonnene Entwicklung, die es ermöglicht hat, sukzessive ein modernes Leistungsangebot zu entwickeln, ohne die Kunden und das Unternehmen durch radikale Lösungen, wie zB die Einführung einer Klassenpost, unverhältnismäßig zu belasten und zu verunsichern, ihren vorläufigen Abschluß. Selbstverständlich wird die Post den Markt auf diesem Sektor aber auch weiterhin beobachten und neuen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Die rasante Entwicklung in der Büroautomation, das Verschwinden der Unterscheidungsmöglichkeit zwischen Druckern von Textverarbeitungssystemen und solchen, die der gewerblichen Herstellung von Vervielfältigungen dienen, hat dazu geführt, daß der herkömmliche Begriff „Druck“ als gebührenrechtliches Merkmal nicht mehr anwendbar ist. An Hand des Schriftbildes läßt sich heute die Herstellungsart (gedruckt oder nichtgedruckt) nicht mehr erkennen.

Die Verpflichtung zur offenen Aufgabe und die Inhaltsprüfung durch die Post werden von den Kunden oft als zensurähnliche Maßnahme oder als Schikane empfunden. Weiters erschweren unverschlossene Sendungen die automatisierte Bearbeitung.

Als vorbereitende Maßnahme für die Auflassung der Sendungsart „Drucksachen“ wurde bereits mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1990 die erste Gebührenstufe für Briefe und für Drucksachen gleichgesetzt. Um den Übergang zu erleichtern, sollen nun bei einzelnen relevanten Gewichtsstufen der Sendungsart „Briefe“ die Gebühren herabgesetzt werden oder unverändert bleiben.

Die Auflassung der Sendungsart „Drucksachen“ soll folgende Vorteile für die Kunden und die Post bringen:

Zu Art. II Z 4 (§ 17 Abs. 4 Z 3 der Anlage 1):

Die Höchstmaße für Massensendungen orientieren sich an den Innenmaßen der Fächer von Hausbriefanlagen. Derzeit müssen Kunden bei auch nur geringfügigem Überschreiten der Höchstmaße die Gebühr für Briefe bzw. bei entsprechendem Inhalt für Drucksachen entrichten, obwohl alle übrigen Voraussetzungen für die Behandlung als Massensendungen gegeben sind. In Hinkunft soll dieser unbefriedigende Rechtszustand beseitigt werden, indem den Kunden die Möglichkeit eröffnet wird, solche Sendungen gegen Entrichtung eines Mischtarifs, der die erhöhten Kosten der Post berücksichtigt, als Massensendungen zu versenden.

Zu Art. II Z 5 (§ 17 Abs. 6 Z 1 der Anlage 1):

Im Interesse des Umweltschutzes sollen die Versender von Massensendungen ohne Anschrift ihre Zielgruppen genauer definieren und Annahmeverweigerer besser berücksichtigen können. Das als Hilfsmittel von der Post aufgelegte „Verzeichnis der Abgabestellen Österreichs“ wird in Hinkunft eine feinere Gliederung als bisher aufweisen und damit zur Reduzierung von Werbematerial und Herabsetzung von Streuverlusten beitragen. Voraussetzung dafür ist jedoch eine bessere Kennzeichnung der Bunde im Sinne des vorliegenden Gesetzesantrags.

Zu Art. II Z 6 (§ 17 Abs. 8 der Anlage 1):

Von der Ermächtigung, Massensendungen in Zeiten erhöhten Verkehrsaufkommens von der Annahme durch die Post auszuschließen, wurde in den vergangenen Jahren nicht mehr Gebrauch gemacht. Diese für die Kunden und für die in diesem Sektor im Wettbewerb stehende Post nachteilige Regelung soll daher entfallen.

Zu Art. II Z 7 (§ 20 Abs. 3 Z 4 der Anlage 1):

Hier soll eine Anpassung an die Begriffsbestimmungen des Mediengesetzes erfolgen.

Zu Art. II Z 8 und 9 (§ 20 Abs. 4 Z 3 und § 22 Abs. 4 Z 6 der Anlage 1):

Die Österreichische Hochschülerschaft wurde in Angelegenheiten des Postzeitungsdienstes bisher von den Postbehörden als gesetzliche berufliche Vertretung gewertet. Im Zusammenhang mit einer Wahlanfechtung hat der Verfassungsgerichtshof jedoch festgestellt, daß der Österreichischen Hochschülerschaft diese Eigenschaft nicht zukommt.

Durch den vorliegenden Gesetzesantrag soll die Gleichstellung hinsichtlich der Begünstigungen im Postzeitungsdienst wieder bewirkt werden.

Zu Art. II Z 10 (§ 23 Abs. 4 der Anlage 1):

Diese Änderung trägt der mit 1. August 1991 in Kraft getretenen Änderung des Gebührenschemas im Postzeitungsdienst Rechnung.

Textgegenüberstellung

Postgesetz

Geltende Fassung

Vorgeschlagene Fassung

§ 13 b. Zusätzliche Leistungen

Die Post ist berechtigt, im Zusammenhang mit der Beförderung von Sendungen zusätzliche Leistungen im Einvernehmen mit dem Absender oder dem Empfänger zu erbringen. Die hierfür zu entrichtenden Gebühren sind von der Post nach kaufmännischen Grundsätzen festzusetzen.

§ 26 b. Gebühren für kumulierte Leistungen

Die Post ist berechtigt, für die Einsammlung und die Zustellung von Paketen Gebühren, die von der Anlage 2 abweichen, nach kaufmännischen Grundsätzen festzusetzen. Voraussetzung ist, daß für den einzelnen Absender oder Empfänger regelmäßig gleiche Leistungen in größerer Zahl gleichzeitig anfallen und daraus im Vergleich zur Einzelleistung für die Post eine erheblich günstigere Kostensituation vorliegt.

Postgesetz — Anlage 1

§ 1. (1) Briefsendungen, und zwar:

1. Briefe,
2. Postkarten,
3. Drucksachen,
4. Massensendungen,
5. Blindensendungen.

§ 10. (1) 1. Antwortsendungen sind nichtbescheinigte Briefe, Postkarten, Drucksachen und Pakete, auf denen eine gedruckte Anschrift und der gedruckte Vermerk „Postgebühr beim Empfänger einheben“ angebracht sind.

§ 1. (1) Briefsendungen, und zwar:

1. Briefe,
2. Postkarten,
3. Massensendungen,
4. Blindensendungen.

§ 10. (1) 1. Antwortsendungen sind nichtbescheinigte Briefe und Postkarten sowie Pakete, auf denen eine gedruckte Anschrift und der gedruckte Vermerk „Postgebühr beim Empfänger einheben“ angebracht sind.

Geltende Fassung

Drucksachen

§ 15. (1) Drucksachen sind offen aufgegebene Briefsendungen, die einen auf Papier oder papierähnlichem Material angebrachten Druck und nichtgedruckte Worte nur nach den Bestimmungen der Abs. 2 und 3 enthalten.

(2) Drucksachen dürfen nichtgedruckt enthalten:

1. Aufgabeort,
2. Aufgabedatum,
3. Anschrift und Absenderangabe,
4. postdienstliche Vermerke,
5. Ziffern und Zeichen,
6. Druckfehlerberichtigungen,
7. Abdrucke, die mit Druckern von EDV-Anlagen hergestellt wurden und
8. Abdrucke eines Handstempels.

(3) 1. Erlagscheine und Einzahlungslochkarten der Österreichischen Postsparkasse, Zahlscheine österreichischer Kreditunternehmungen sowie Postanweisungen, die nichtgedruckte Worte innerhalb eines dafür angebrachten Vordruckes enthalten, gelten als Drucksachen.

2. Die für Einzahlungen auf Postscheckkonten der Behörden und der Ämter vorgesehenen und entsprechend gekennzeichneten Erlagscheine der Österreichischen Postsparkasse mit oder ohne Allonge gelten ohne Rücksicht auf darauf angebrachte nichtgedruckte Worte als Drucksachen.

(4) Für Drucksachen gilt ein Höchstgewicht von 2 000 Gramm.

§ 17.

(4) Für Massensendungen gelten folgende Höchstmaße:

1. Massensendungen ohne Anschrift: Länge 33 Zentimeter, Breite 23,5 Zentimeter, Höhe 2 Zentimeter;
2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift: Länge 33 Zentimeter, Breite 23,5 Zentimeter, Höhe 5 Zentimeter.

Vorgeschlagene Fassung

§ 17.

(4) Für Massensendungen gelten folgende Höchstmaße:

1. Massensendungen ohne Anschrift: Länge 33 Zentimeter, Breite 23,5 Zentimeter, Höhe 2 Zentimeter;
2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift: Länge 33 Zentimeter, Breite 23,5 Zentimeter, Höhe 5 Zentimeter.
3. Werden die Maße laut Z 1 und 2 überschritten, ist ein Zuschlag zur Beförderungsgebühr in Höhe des halben Unterschiedsbetrages zwischen der Beförderungsgebühr für Massensendungen und der Beförderungsgebühr für Briefe gleichen Ausmaßes und gleichen Gewichts zu entrichten.

Geltende Fassung

§ 17.

(6) 1. Massensendungen ohne Anschrift hat der Absender in Ortsbunden, auf denen die Anzahl der enthaltenen Sendungen sowie die Postleitzahl des Abgabepostamtes angebracht sind, aufzugeben.

§ 17.

(8) 1. Der Bundesminister für Verkehr kann Massensendungen in Zeiten einer erheblichen Zunahme des Postverkehrs von der Annahme ausschließen. Die Ausschließung ist im Post- und Telegraphenverordnungsblatt und im Amtsblatt zur Wiener Zeitung zu verlautbaren.

§ 20.

(3) Nicht zuzulassen sind Druckschriften,

.....

4. für die der Herausgeber oder Verleger vom Empfänger kein Entgelt verlangt.

§ 20.

(4) Abs. 3 Z 4 ist nicht anzuwenden, wenn die Zeitung

.....

3. von einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern oder für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen herausgegeben wird und vorwiegend der Wahlwerbung oder Berichterstattung über Angelegenheiten der Politik dient,

.....

§ 22.

(4) Die Postbehörde I. Instanz hat über schriftlichen Antrag für bestimmte Nummern einer Zeitung die allgemein gehaltene Anschrift „An einen Haushalt“ zuzulassen, wenn die Zeitung von

.....

Vorgeschlagene Fassung

§ 17.

(6) 1. Massensendungen ohne Anschrift hat der Absender in Ortsbunden, auf denen die Anzahl der enthaltenen Sendungen sowie die Postleitzahl des Abgabepostamtes und die Art der zu beteiligten Abgabestellen angebracht sind, aufzugeben.

§ 20.

(3) Nicht zuzulassen sind Druckschriften,

.....

4. für die der Medieninhaber (Verleger) vom Empfänger kein Entgelt verlangt.

§ 20.

(4) Abs. 3 Z 4 ist nicht anzuwenden, wenn die Zeitung

.....

3. von einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern, für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen oder für Wahlen zu den Organen der Österreichischen Hochschülerschaft oder der Hochschülerschaften an den Hochschulen herausgegeben wird und vorwiegend der Wahlwerbung oder Berichterstattung über Angelegenheiten der Politik dient,

.....

§ 22.

(4) Die Postbehörde I. Instanz hat über schriftlichen Antrag für bestimmte Nummern einer Zeitung die allgemein gehaltene Anschrift „An einen Haushalt“ zuzulassen, wenn die Zeitung von

.....

Geltende Fassung

6. einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern oder für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen oder

.....

herausgegeben wird.

§ 23.

- (4) Verschiedene Zeitungssendungen dürfen nur dann zu einem Bund, Paket oder Beutel vereinigt werden, wenn jede Zeitungssendung schwerer als 30 Gramm ist.

Vorgeschlagene Fassung

6. einem Wahlwerber (einer wahlwerbenden Gruppe) für die Wahl des Bundespräsidenten, für Wahlen zu den allgemeinen Vertretungskörpern, für Wahlen zu den satzungsgebenden Organen (Vertretungskörpern) der gesetzlichen beruflichen Vertretungen oder für Wahlen zu den Organen der Österreichischen Hochschül Hochschulen oder

.....

herausgegeben wird.

§ 23.

- (4) Verschiedene Zeitungssendungen dürfen nur dann zu einem Bund, Paket oder Beutel vereinigt werden, wenn für jede Zeitungssendung die Beförderungsgebühr je Kilogramm zu entrichten ist.

Postgesetz — Anlage 2

Anlage 2

POSTGEBÜHREN

§ 1. Beförderungsgebühren für Briefe:

Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
100	8,—
250	11,—
500	15,—
1 000	25,—
2 000	35,—

Anlage 2

POSTGEBÜHREN

§ 1. Beförderungsgebühren für Briefe:

Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	Standardsendungen 5,50
100	7,—
250	10,—
500	15,—
1 000	26,—
2 000	35,—

282 der Beilagen

Geltende Fassung

§ 2. Beförderungsgebühr für Postkarten:

	Gebühr Schilling
Je Postkarte	4,50

§ 3. Beförderungsgebühren für Drucksachen:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	5,—
Gewichts- stufen bis Gramm	
100	6,—
250	9,50
500	12,50
1 000	20,—
2 000	28,—

§ 4. Beförderungsgebühren für Massensendungen:

1. Massensendungen ohne Anschrift:

Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
10	0,60
20	0,75
30	0,80
50	0,90
70	1,10
100	1,30
150	1,80
200	2,40
250	3,—

Vorgeschlagene Fassung

§ 2. Beförderungsgebühr für Postkarten:

	Gebühr Schilling
Je Postkarte	5,—

§ 4. Beförderungsgebühren für Massensendungen:

1. Massensendungen ohne Anschrift:

	Schilling
1.1. Grundgebühr je Sendung	0,60
1.2. Zuschlag zur Grundgebühr je volle und angefangene 10 Gramm	0,10

Geltende Fassung

2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Ortsbunden:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	2,10
Gewichts- stufen bis Gramm	
30	2,30
40	2,40
50	2,50
100	3,—
250	4,—
300	5,—
400	6,—
500	7,—
750	11,—
1 000	15,—
1 250	17,—
1 500	19,—
1 750	21,—
2 000	23,—

3. Für die Aufgabe beim Abgabepostamt werden die Gebühren laut Z 1 um 5 vom Hundert, die Gebühren laut Z 2 um 10 vom Hundert ermäßigt.

4. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitgebiets- oder Leitstreckenbunden, ausgenommen in solchen der Leitzone 1:

Standardsendungen	2,40
Gewichts- stufen bis Gramm	
30	2,60
40	2,70
50	2,80

Vorgeschlagene Fassung

2. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Ortsbunden:

	Gebühr je Sendung Schilling
Standardsendungen	2,30
Gewichts- stufen bis Gramm	
30	2,60
40	2,70
50	2,80
70	3,20
100	3,40
250	4,50
300	5,60
400	6,80
500	7,90
750	12,40
1 000	16,80
1 250	19,10
1 500	21,30
1 750	23,60
2 000	25,80

3. Für die Aufgabe beim Abgabepostamt werden die Gebühren laut Z 1 um 5 vom Hundert, die Gebühren laut Z 2 um 10 vom Hundert ermäßigt.

4. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitgebiets- oder Leitstreckenbunden, ausgenommen in solchen der Leitzone 1:

Standardsendungen	2,70
Gewichts- stufen bis Gramm	
30	2,90
40	3,—
50	3,10

14

282 der Beilagen

Geltende Fassung

Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
100	3,30
250	4,40
300	5,60
400	6,80
500	8,—
750	12,—
1 000	16,—
1 250	18,—
1 500	20,—
1 750	22,—
2 000	24,—

5. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitzonenbunden:

Standardsendungen	2,70
Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
30	2,90
40	3,—
50	3,30
100	3,60
250	4,80
300	6,20
400	7,60
500	9,—
750	13,—
1 000	17,—
1 250	19,—
1 500	21,—
1 750	23,—
2 000	25,—

Vorgeschlagene Fassung

Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
70	3,50
100	3,70
250	5,—
300	6,30
400	7,70
500	9,—
750	13,50
1 000	18,—
1 250	20,30
1 500	22,50
1 750	24,80
2 000	27,—

5. Massensendungen mit persönlicher Anschrift in Leitzonenbunden:

Standardsendungen	3,—
Gewichts- stufen bis Gramm	Gebühr je Sendung Schilling
30	3,20
40	3,30
50	3,60
70	3,90
100	4,10
250	5,50
300	7,—
400	8,60
500	10,10
750	14,60
1 000	19,20
1 250	21,50
1 500	23,70
1 750	26,—
2 000	28,20

16

282 der Beilagen

Geltende Fassung

§ 6. Pakete:

1. Beförderungsgebühr je Paket:

Gewichtsstufen	Gebühr je Sendung Schilling
bis 5 kg	26,—
bis 10 kg	44,—
bis 15 kg	86,—
bis 20 kg	120,—

2. Ermäßigung der Beförderungsgebühren 10 vom Hundert.

§ 7. Postanweisungen:

Postanweisungsgebühr je Geldbetrag

	Schilling
bis S 500,—	10,—
bis S 1 000,—	20,—
bis S 30 000,—	30,—
über S 30 000,—	1 vom Tausend des auf volle Tausend aufgerundeten Betrages, höchstens S 250,—

§ 8. Nachnahmen:

Nachnahmegebühr

	Schilling je Sendung
1. wenn die Überweisung auf ein Postscheckkonto verlangt wird	12,—
2. wenn die Barauszahlung verlangt wird	22,—

§ 9. Postaufträge:

Postauftragsgebühr

	Schilling je Post- auftrag
1. wenn die Überweisung auf ein Postscheckkonto verlangt wird	20,—
2. wenn die Barauszahlung verlangt wird	30,—

Vorgeschlagene Fassung

§ 6. Pakete:

1. Beförderungsgebühr je Paket:

Gewichtsstufen	Gebühr je Sendung Schilling
bis 5 kg	29,—
bis 10 kg	49,—
bis 15 kg	96,—
bis 20 kg	136,—

2. Ermäßigung der Beförderungsgebühren 10 vom Hundert.

§ 7. Postanweisungen:

Postanweisungsgebühr je Geldbetrag

	Schilling
bis S 500,—	12,—
bis S 1 000,—	24,—
bis S 30 000,—	30,—
über S 30 000,—	1 vom Tausend des auf volle Tausend aufgerundeten Betrages

§ 8. Nachnahmen:

Nachnahmegebühr

	Schilling je Sendung
1. wenn die Überweisung auf ein Postscheckkonto verlangt wird	14,—
2. wenn die Barauszahlung verlangt wird	25,—

§ 9. Postaufträge:

Postauftragsgebühr

	Schilling je Post- auftrag
1. wenn die Überweisung auf ein Postscheckkonto verlangt wird	22,—
2. wenn die Barauszahlung verlangt wird	34,—

Geltende Fassung

§ 10. Zeitungsbezugsgelder:

Einziehungsgebühr je Zahlungsbestätigung	Schilling 5,—
--	------------------

§ 11. Sonderbehandlungsgebühren:

1. Einschreibgebühr	Schilling 17,—
2. Wertgebühr: 1 vom Hundert der auf volle Hundert aufgerundeten Wertangabe	
3. Eilgebühr: je Briefsendung, Paket oder Geldbetrag	20,—
4. Sperrgutgebühr: 50 vom Hundert der Gebühr nach § 6 Z 1	
5. Übernahmsbestätigungsgebühr	17,—
6. Gebühr für die Behandlung als Rückscheinbrief (Rückscheinge- bühr)	17,—
7. Gebühr für die eigenhändige Abgabe einer bescheinigten Postsendung, eines nichtbescheinigten Rückscheinbriefes oder für die eigenhändige Auszahlung eines Geldbetrages	10,—
8. Bahnhofbriefgebühr	20,—

§ 12. Paketzustellgebühr:

Je Paket über 2 kg	Schilling 15,—
--------------------------	-------------------

§ 13. Auszahlungsgebühr zu einer Ausweisung der Österreichischen Postsparkasse:

Je Anweisung	Schilling 15,—
--------------------	-------------------

Vorgeschlagene Fassung

§ 10. Zeitungsbezugsgelder:

Einziehungsgebühr je Zahlungsbestätigung	Schilling 6,—
--	------------------

§ 11. Sonderbehandlungsgebühren:

1. Einschreibgebühr	Schilling 17,—
2. Wertgebühr: 1 vom Hundert der auf volle Hundert aufgerundeten Wertangabe, jedoch mindestens	
2.1. bei einer Wertangabe bis 15 000,— S je Brief	10,—
je Paket	25,—
2.2. bei einer Wertangabe über 15 000,— S	500,—
3. Eilgebühr: je Briefsendung, Paket oder Geldbetrag	25,—
4. Sperrgutgebühr: 50 vom Hundert der Gebühr nach § 6 Z 1	
5. Übernahmsbestätigungsgebühr	20,—
6. Gebühr für die Behandlung als Rückscheinbrief (Rückscheinge- bühr)	20,—
7. Gebühr für die eigenhändige Abgabe einer bescheinigten Postsendung, eines nichtbescheinigten Rückscheinbriefes oder für die eigenhändige Auszahlung eines Geldbetrages	10,—
8. Bahnhofbriefgebühr	25,—

§ 12. Paketzustellgebühr:

Je Paket über 2 kg	Schilling 17,—
--------------------------	-------------------

§ 13. Auszahlungsgebühr zu einer Anweisung der Österreichischen Postsparkasse:

Je Anweisung	Schilling 17,—
--------------------	-------------------

Geltende Fassung

§ 14. Sonstige Gebühren:

	Schilling
1. Einsammlungsgebühr je Paket	5,—
2. Spätlingsgebühr je Sendung oder Geldbetrag	5,—
3. Leitzettelgebühr je Sendung	1,—
4. Gebühr für eine Doppel- oder Ersatzaufgabebescheinigung (Bescheinigungsgebühr) je Bescheinigung	6,—
5. Fachgebühren:	
5.1. Brieffachgebühr monatlich	10,—
5.2. Paketfachgebühr monatlich	200,—
5.3. Geldfachgebühr monatlich	10,—
6. Postlagergebühr je Paket	15,—
7. Lagergebühr je Paket und Tag	3,—
8. Einhebungsgebühr:	
8.1. je Antwortsendung	0,50
8.2. je sonstige Sendung	3,—
9. Gebühr für die Benachrichtigung von der Unzustellbarkeit eines Paketes (Benachrichtigungsgebühr)	15,—
10. Gebühr für einen Nachsendungsantrag:	
10.1. Für einen Zeitraum bis zu drei Monaten	12,—
10.2. je weitere drei Monate	12,—
11. Postvollmachtgebühr, Gebühr für die Ausfertigung einer Postübernahmskarte	10,—
12. Taschengebühr monatlich	20,—
13. Nachforschungsgebühr:	
13.1. je Sendung oder Geldbetrag	20,—
13.2. Mehrkosten je Stunde	50,—

Vorgeschlagene Fassung

§ 14. Sonstige Gebühren:

	Schilling
1. Einsammlungsgebühr je Paket	6,—
2. Spätlingsgebühr je Sendung oder Geldbetrag	6,—
3. Leitzettelgebühr je Sendung	1,—
4. Gebühr für eine Doppel- oder Ersatzaufgabebescheinigung (Bescheinigungsgebühr) je Bescheinigung	6,—
5. Fachgebühren:	
5.1. Brieffachgebühr monatlich	10,—
5.2. Paketfachgebühr monatlich	220,—
5.3. Geldfachgebühr monatlich	10,—
6. Postlagergebühr je Paket	17,—
7. Lagergebühr je Paket und Tag	4,—
8. Einhebungsgebühr:	
8.1. je Antwortsendung	0,50
8.2. je sonstige Sendung	4,—
9. Gebühr für die Benachrichtigung von der Unzustellbarkeit eines Paketes (Benachrichtigungsgebühr)	20,—
10. Gebühr für einen Nachsendungsantrag:	
10.1. Für einen Zeitraum bis zu drei Monaten	15,—
10.2. je weitere drei Monate	15,—
11. Postvollmachtgebühr, Gebühr für die Ausfertigung einer Postübernahmskarte	10,—
12. Taschengebühr monatlich	20,—
13. Nachforschungsgebühr:	
13.1. je Sendung oder Geldbetrag	30,—
13.2. Mehrkosten je Stunde	50,—

282 der Beilagen

18